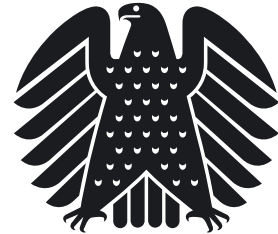


Bundesminister des Auswärtigen
Heiko Maas
- per E-Mail -



Europäisches Parlament



Deutscher Bundestag

26. August 2020

Koordinierung innereuropäischer Covid-19-Reisewarnungen

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die weltweite Covid-19-Pandemie einzudämmen hat seit einem halben Jahr oberste Priorität bei Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern aller politischer Ebenen. Zielorientierte Maßnahmen müssen sich dabei flexibel am aktuellen Infektionsgeschehen ausrichten und auf bereits gemachten Erfahrungen aufbauen. Mitgliedsstaatliche Grenzschießungen innerhalb der EU und des Schengen-Raums waren als erste Reaktion auf die rasche Ausbreitung des Virus nachvollziehbar, zogen aber dramatische Folgen für die Reisefreiheit und die Freizügigkeit und somit für Grenzpendler, Unternehmen und Familien nach sich. Eine solch hektische Reaktion auf wieder zunehmendes Infektionsgeschehen darf sich im Herbst unter keinen Umständen wiederholen.

In diesem Sinne begrüßen wir, dass die Länder der EU von der weltweiten Reisewarnung des Auswärtigen Amtes vom 17. März seit dem 15. Juni ausgenommen sind und die Einschätzung der Gefahrenlage in der EU nun differenzierter und regionaler erfolgt. Allerdings ist daraus ein Flickenteppich von Reisewarnungen der EU-Mitgliedsstaaten entstanden, die nach jeweils unterschiedlichen Kriterien, mit unterschiedlichen Fristen und unterschiedlichen Folgen für Reisende die sich schnell ändernden Infektionslagen und Corona-Maßnahmen evaluieren und darauf aufbauend eine Gefahr für Leib und Leben attestieren. Dieses Chaos kriert eher Panik, als dass es einer Logik zur Virusbekämpfung folgt.

Den jüngsten Reisewarnungen für die Regionen Brüssel und Antwerpen nach Kriterien des Auswärtigen Amtes beispielsweise folgen unsere Nachbarländer Österreich und Frankreich nicht, während in Deutschland für Rückkehrende die in ihrem jeweiligen Bundesland aktuellen Quarantäne- und Coronatest-Regelungen gelten. Gleichzeitig warnt Belgien wiederum vor Reisen in die deutschen Regionen Darmstadt, Düsseldorf und Arnberg nach eigenen Kriterien und mit eigenen Konsequenzen. Diese uneinheitlichen Reisewarnungen teils auch zwischen ähnlich stark betroffenen Regionen machen keinen Sinn.

Sinnvoller als dieses Durcheinander ist eine europaweite Koordinierung der Reisewarnungen, vor allem aber eine einheitliche Rückverfolgung von Infektionsketten innerhalb der EU mit nachvollziehbaren und klar kommunizierten Folgen für Reisende. Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft und im Vorfeld des anstehenden EU-Außenministertreffens möchten wir Sie daher dringend bitten, sich hier für eine europaweite Koordinierung einzusetzen, um größtmöglichen Infektionsschutz für die Menschen zu gewährleisten und erneute Kontrollen an Binnengrenzen oder gar Genschließungen zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Anna Cavazzini in black ink on a light background.

Anna Cavazzini MEP

Handwritten signature of Dr. Franziska Brantner in black ink on a light background.

Dr. Franziska Brantner MdB